

Ercheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition
Johannstadt 30.
Sprechstunden der Redaction:
Dienstag 10-12 Uhr.
Mittwoch 4-6 Uhr.

Die die Rückgabe einzelner Manu-
skripte nach den Redaction nicht
verpflichtet.
Annahme der für die nächst-
folgende Nummer bestimmten
Anzeigen an Wochentagen bis
3 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Festtagen früh bis 1/2 Uhr.
In den Fällen für Zul. Annahme:
Otto Klemm, Unterstadtstr. 22,
Luisenpark, Rathhausstr. 15, v.
nur bis 1/2 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 15,500.

Abonnementpreis vierteljährlich 4 1/2 Thlr.
incl. Frachtkosten 5 Thlr.
durch die Post bezogen 6 Thlr.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrablätter
ohne Postbefreiung 30 Pf.
mit Postbefreiung 45 Pf.
Inkruste 5 Gg. Zeitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut mehren
Preisverzeichnissen — Tabellarischer
Zah nach höherem Tarif.
Reclamen unter dem Redactionsdruck
die Spalte 40 Pf.
Inkruste sind stets an d. Expedition
zu senden. — Abzug wird nicht
gegeben. Zahlung pränumerando
oder durch Postvorschuß.

№ 29.

Mittwoch den 29. Januar 1879.

73. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Nachdem die königliche Kreisoberhauptmannschaft in Leipzig, als Landespolizeibehörde, durch Verordnung vom 6. November vorigen Jahres den Verband der deutschen Maler, Lackirer und Bergolder, welcher hier seinen Sitz hatte, auf Grund von §. 6 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie vom 21. October 1878 verboten hat, dieses Verbot auch in Folge der auf geführte Beschwerde von der Reichscommission in Berlin mittelst Entscheidung vom 6. Januar 1879 verfügten Jurisdictionen entgültig geworden ist, hat die königliche Kreisoberhauptmannschaft in Gemäßheit von §. 7 des erwähnten Reichsgesetzes und als diejenige Behörde bezeichnet, welcher die Abwicklung der Geschäfte des Verbands für das ganze deutsche Bundesgebiet und mit allen Verzweigungen verboten Verbandes zu übernehmen und das Erernen der Liquidatoren obliegt. Wir machen daher hiermit bekannt, daß wir Herrn Polizeiamts-Registrator Carl Eduard Gustav Mühlner hier zum Liquidator des Gesamtverbandes bestellt haben.

Leipzig, am 27. Januar 1879.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Dr. Rüder.

Rugholz-Auction.

Freitag, den 14. Februar s. c. sollen von Vormittags 9 Uhr an im Forstreviere Connewitz auf dem Mittelwaldfeld in Abtheilung 40
ca. 90 eichene, 37 buchene, 2 ahorn, 13 maholberne, 21 rüsterne, 4 lindene, 5 eschene, 4 elmerne und 2 apfelbaumene Stückholz, sowie 39 eschene Strohstöße und 300 rüsterne Hebedäume unter den öffentlich ausgehangenen Bedingungen und der üblichen Anzahlung an Ort und Stelle meistbietend verkauft werden.
Zusammenkunft: auf dem Mittelwaldfeld in der Röhre am Nonnenwege und der nassen Wiese, unweit des Schleißiger Bades.
Leipzig, am 26. Januar 1879.

Des Waths Forstdeputation.

Bermiethung in der Fleischhalle am Hospitalplatze.

Von den am 28. December v. J. zur Bermiethung vertheilten Abtheilungen Nr. 8, 22, 23, 24 der obigen Fleischhalle ist Abtheilung 22 dem Höchstdieter zugeschlagen, bezüglich der anderen Abtheilungen aber der Zuschlag abgelehnt worden und entlassen wir daher in Gemäßheit der Bermiethungsbedingungen hiermit die übrigen Bieter ihrer Gebote, indem wir zur Bermiethung der obigen nicht zugeschlagenen, sofort bezugsbaren Abtheilungen Nr. 8, 23, 24 einen anderweitigen Bermiethungsstermin an Rathshaus auf

Donnerstag, den 8. Februar d. J. Vormittags 11 Uhr,

anberaumen und Ritzschliffe hierdurch auffordern, in demselben sich einzufinden und ihre Ritzgebote auf die zu vermietenden Hallenabtheilungen zu thun.

Die Bermiethungs- und Bermiethungsbedingungen können schon vor dem Termine auf dem Rathshaus- saale, I. Etage, eingesehen werden.
Leipzig, den 21. Januar 1879.

Der Wath der Stadt Leipzig.
Dr. Geor. Gerutti.

Die Maurer- und Steinhauerarbeiten zu dem Neubau eines Laboratoriums mit Nebengebäude bei der landwirtschaftlichen Versuchsanstalt zu Möckern bei Leipzig sollen nach Verordnung des Königl. Ministeriums des Innern zu Dresden mit Einschluß der Materialien im Wege der Submission unter Vorbehalt der Auswahl und der Entscheidung in der Sache an Unternehmer verdingen werden.

Die Autographien, Blanksätze und Ausführungsbestimmungen liegen bei dem Bauath Hocher in Leipzig, Johannesstraße Nr. 6, II. zur Einsicht bereit und können gegen Deponirung von 15 A in Empfang genommen werden.

Diejenigen Bauwerkzeuge, welche hierauf zu reflectiren genommen sind, werden ersucht, ihre Forderungen unter Beifügung des ausgefüllten und vollzogenen Blanksatzes nebst Autographien versiegelt und unter der Aufschrift „Neubau des Laboratoriums“ bis zum 10. Februar Abends 6 Uhr einzureichen, worauf ihnen die deponirten 15 A restituirt werden.

Der Berliner Vertrag im öster- reichischen Reichsrath.

Der heiße, mehrtlägige Kampf, der in dem öster- reichischen Reichsrath zwischen den „Rechts“- parteien und der Opposition wegen des Berliner Vertrags entbrannte, spitzte sich in den letzten zwei Tagen zu einem förmlichen Principienstreite zu. Die Freiheit und Verfassung, die Regierung und Reaction! — löste es aus den Reden Haus- ner's und Sturm's einerseits und des Ministers Unger und Grafen Coronini andererseits.

Der Minister erklärte, die Verfassung sei für den Staat geschaffen worden und man könne sie den Staatsinteressen gemäß interpretiren. Daraus entgegnete Hausner: Dieser Satz, das ist ja der Ductus, der alle Schlösser des Heiligthums der Verfassung ausschließt, in den Händen aller extremen Parteien, der reactionären sowohl als der revolutionären, des Staatsreichs sowohl als des „Kaisers“. Die „Rechts“-Parteien beanspruchen allein für die Regierung das Recht, Verträge abzuschließen, und Hausner antwortet darauf mit dem idealen Pathos seiner Rede, der die freie Bestimmung der Völker überherrlicht:

„Hassen wir den Aufschwung der Menschheit seit hundert Jahren ins Auge, so bietet sich uns ein großartiges, betrachten wir ihn in seinen Beziehungen zum Völkerrecht, so bietet sich uns ein betäubendes und beschämendes Schauspiel dar. Heute malt die Sonne dem Menschen das Bild seiner Theuren, die Electricität bringt selbst den Unbenittelten binnen wenigen Stunden aus den entfernten Welttheilen Tröst und Gewissheit über seine Sorgen, der Dampf durchdringt den Continent und den Ocean bis zu den Antipoden. Die Spectral- analyse, Geologie und das Mikroskop haben die Geheimnisse des Weltalls, der Erde und seiner selbst dem Menschen gelichtet; Voraussicht, Spar- samkeit, Gemeinfinn und Genossenschaftswesen haben die Mittel geschaffen, von denen man vor hun- dert Jahren keine Ahnung hatte! Selbst die menschliche Lebensdauer — die Statistik weist Dies unüberleglich nach — ist beträchtlich verlängert worden und man betrachtet die hochentwickelten Städte mit Krankenhäusern, Irrenanstalten, Volksschulen und Gefängnissen, und man lese in den Büchern nach, wie sie vor hundert Jahren be- schaffen waren, und man wird sich Rechenschaft ablegen von dem Werthe und der Größe des Er- rangens.“

Die Generation aber, die Das geschaffen hat, wird im großen Ganzen noch in derselben Art und Weise behandelt, es werden über dieselbe Krieg und Friedensschlüsse so verhängt, wie zur Zeit der Dreizehnprozesse und der Inquisition. Heute ist noch der größte Staat Europas anbedingt dem Willen eines Einzelnen unterworfen, und will man die Staaten aufzählen, in denen das verfassungsmäßige Leben zur Wahrheit geworden, in fleisch und Blut über- gegangen ist, so genügen die Finger einer Hand. Und in diesem Moment wird an der Spree ein Attentat vorbereitet gegen die Würde und Unab- hängigkeit und die Freiheit des Volkstreters, wie ein ähnliches keine civilisirte Nation erlebt hat. Der Berliner Vertrag hat zu der traditionellen Form des Verkaufes der Völker die Form der Völkerver- packung erfunden!“

„Ja!“ rief der Abg. Sturm aus, „die Insti- tutionen des Staates können nicht durch Para-

graphen geregelt werden! Wenn das seine (des Ministers) Ansicht ist, dann hat gewiß der Herr Abg. aus Galizien Recht; das ist nicht mehr der verschämte, das ist der nackte Absolutismus, das ist die Doctrin des Staatsreichs.“

Meine Herren! Lassen Sie diesen großen Moment sein kleines Gesicht zeigen! Dürren Sie selbst die Existenz dieses Parlamentes dem parlamen- tarischen System und der Existenz der Verfassung, damit sie mit dem Bewußtsein von Ihrem Rande scheiden und neuerlich vor Ihre Wähler treten können und sagen: Wir haben unsere Pflicht gethan!“

Man fragt sich mit Spannung, wo nimmt eine große parlamentarische Opposition den Rath und die Zeit her, um in derartigen akademischen Extravaganzen einen Kampf gegen Windmühlen zu führen? Die Don Quixoterie, gegen einen perfecten völkerechtlich gültigen Vertrag, gegen einen perfecten und eleganten Plan zu Felde zu ziehen, ist an sich schon eine Kraftprobe, die eher in das Carl- Theater als in das Wiener Abgeordnetenhaus ge- hört; dazu aber über Verfassungstheorien anderer Staaten zu polemisieren, das kennzeichnet allerdings die enge, an der schönen blauen Donau gezogene Grenze gesetzgeberischer Weisheit.

Allen besonnenen Köpfen dieser Welt wie jenseits der Leitha wird nun endlich klar geworden sein, daß es sich bei den Verhandlungen des österreichischen Abgeordnetenhauses über den Berliner Vertrag um die Aufführung einer parlamentarischen Farce handelte. In der That, es giebt absolut nichts Compromittirteres für das repräsentative System, als diese parlamentarische Spectacle-Komödie, die man aufführt, indem man der Welt gegenüber eine heldenhafte Pose macht, während der ganze parlamentarische Kampf „halter“ mit stumpfen Schwertern und mit blind geladenen Feuerwaffen geführt wird.

Ueber den schließlichen Verlauf der Komödie be- richtet das Wolff'sche Bureau:

Wien, 27. Januar. Im Abgeordnetenhause wurde die Debatte über den Berliner Vertrag fortgesetzt. Der Referent der Minorität, Herbst, wies bezüglich der stärksten Angriffe gegen ihn auf seine parlamentarische Vergangenheit hin und sagte, wer mit Roth betonen oder mit vergifteten Pfeilen beschossen werde, habe das Recht zu tödlen, aber bereitem Schwegen. Redner erklärte, wenn das Minoritätsvotum nicht angenommen würde, so würde er für die Ablehnung des Berliner Ver- trages stimmen; Herbst betonte die finan- zialen und staatsrechtlichen Wirren, welche die Occupation zur Folge hätte, hob hervor, daß er an dem in der Adresse dargelegten Standpunkte festhalte, und appellirte an das Gefühl der Verantwort- lichkeit der Abgeordneten der Bevölkerung gegenüber. Der Referent der Majorität, Eduard Cich, erkannte die großen parlamentarischen Verdienste Herbst's an. Die von dem Grafen Andrassy in der orienta- lischen Frage befolgte Politik sei die richtige, die Be- setzung Bosniens liege im Sinne des Fortschrittes und habe Oesterreich die Sympathien ganz Europas verschafft. (Beifall.) Cich bekämpfte ferner die Resolution Scharfschmidt's, sowie den Minoritäts- antrag, welcher inconsequent sei. Der Majoritäts- antrag entsprache hauptsächlich der Adresse, da durch denselben die Rechte des Parlamentes ge- wahrt würden. Der in der orientalischen Frage be- folgte Politik verdamme Oesterreich sein gegenwärtiges hohes Ansehen in Europa. Der Ministerpräsident Fürst Kuersperg erklärte, in Folge der in Betreff der Administration Bosniens stattgehabten Con- ferenzen seien alle Factoren von der Ueberzeugung durchdrungen, daß die Administration sehr wohlfeil einzuwickeln sei und daß das Land die Kosten in kurzer Zeit werde tragen können.

Bei der hierauf folgenden Abstimmung wurde der Antrag Bacher (Uebergang zur Tagesordnung)

mit 203 gegen 68 Stimmen abgelehnt. Der Antrag Hausner wurde mit allen gegen 32 Stimmen und der Antrag Dunajewski (den Vertrag zur Kennt- nis zu nehmen) bei namentlicher Abstimmung mit 181 gegen 90 Stimmen abgelehnt. Der Minoritäts- antrag Herbst wurde mit 179 gegen 78 Stimmen abgelehnt und der Majoritätsantrag (dem Ver- trage von Berlin wird die verfassungsmäßige Zu- stimmung erteilt) mit 164 gegen 112 Stimmen an- genommen. Der Zusatzantrag Fuz wurde juridis- chogen und die Resolution Scharfschmidt's in ihrem ersten Theile, welcher dem Majoritätsantrag entspricht, mit 149 gegen 111 Stimmen angenommen. Der zweite Theil der Resolution wurde dagegen abgelehnt.

Wien, 27. Januar. Herrenhaus. Fürst Re- venhüller und Baron Koellner legten aus Ge- sundheitsrücksichten ihr Delegationsmandat nieder. Dein beantragte die Einsetzung eines aus 15 Mit- gliedern bestehenden Ausschusses zur Vorberatung des Berliner Vertrages. Der Antrag wurde angenommen.

Politische Uebersicht.

Paris, 28. Januar. Das schwere Unglück, welches das deutsche Volk vor langer Zeit schon auf der Höhe von Follakone betroffen, harret noch immer der Erlösung. Alle Welt wartete mit größter Span- nung auf das Resultat der nunmehr begonnenen Verhandlungen des Kriegesgerichts in Sachen des „Großen Kurfürst“. Am 31. Mai v. J. verlor die deutsche Flotte dieses schöne Folge- schiff und mit ihm 300 Menschenleben. Seit- dem sind acht Monate ins Land gegangen, ohne daß die öffentliche Meinung über diesen die deutsche Nation so tief bewegenden Unglücksfall aufgeklärt worden wäre. Und auch jetzt werden voraussichtlich noch viele Wochen vergehen, bevor wir Aufschluß über die Frage erhalten, wie ein so entsetzliches Unglück möglich geworden. Allein schon die Verlesung der voluminösen Unter- suchungsacten, sowie der Vortrag des Auditeurs über die auf den vorliegenden Fall anwendbaren Gesetzesstellen und über die Gründe des in Vor- schlag gebrachten Erkenntnisses, wobei jedem Bei- sizer das Recht zusteht, eine nähere Beleuchtung oder Auseinandersetzung zu erteilen, wenn ihm irgend Etwas unklar oder zweifelhaft erscheint, werden geraume Zeit in Anspruch nehmen. Auch die Verlesung wird viele Zeit erfordern; dieselbe erfolgt classenweise, ohne daß eine Mittheilung unter den verschiedenen Classen stattfinden darf. Haben die Mitglieder einer Classe sich nicht einigen können, so kann jeder Einzelne sein Urtheil und die Gründe desselben für sich abgeben und nieder- schreiben lassen. Den Beisizern steht, wenn keine Freisprechung gerechtfertigt ist, die Wahl der Strafe nur innerhalb der gesetzlichen Grenzen zu. Erscheint einem Beisizer eine solche Strafe zu hart, so muß er dennoch sein Urtheil nach den Ge- setzen aussprechen, kann aber auf ein Degradigungs- gesuch antragen, worüber dann das gesammte Kriegesgericht abstimmt. Nicht wenig Zeit werden endlich auch die Abfassung der Urtheils- gebung, die nach Verlesung der Acten und nach erfolgtem Vortrag des Auditeurs nur schriftlich abgegeben werden darf, sowie die Prüfung der ge- sammten Acten durch das General-Auditorat in Anspruch nehmen.

Der bayerische Reichsrath hat die vier Ausführgesetze zu den Reichsjustizgesetzen einstimmig angenommen. In dem Ausführgesetze zu dem Gerichtsverfassungsgesetz wurde der von der Zweiten Kammer geführte Artikel 56, betreffend die Befugung der Amtsanwaltschaft in den unmittelbaren Städten, auf den Antrag v. Pözl's wieder hergestellt.

Es liegt heute nur ein Minimum politischer Nachrichten aus dem Auslande vor. Beginnen wir mit Oesterreich. Aus Wien wird gemeldet:

Von gut unterrichteter Seite wird Coronini als Präsident des nächsten Ministeriums be- zeichnet, Depretis soll Inneres und Finanzen erhalten. Italien dürfte den deutsch-österreichischen Vereinbarungen betrefis der Ueber der Besatzung beitreten. Aus Pest wird die Ankunft einer neuen böhmischen Deputation signalisirt.

Rumänien macht Schwierigkeiten in der Judenfrage. Die von der „Kreuzzeitung“ ge- brachte Nachricht über den bevorstehenden Abgang des Geh. Legationsrathes v. Jasmund aus dem ihm übertragenen diplomatischen Posten in Bukarest ist — so wird officiös gemeldet — nicht richtig. Bekanntlich hängt — so schreibt die „R. A. Z.“ — die definitive Entscheidung über Ernennung und Entsendung eines diplomati- schen Vertreters nach Bukarest von Bedingungen ab, welche seither noch nicht erfüllt sind und deren Erledigung auch kaum in ganz kurzer Zeit zu er- warten ist. Die Richtig der „Kreuzzeitung“ ist übrigens auch dahin zu berichtigen, daß, wie auch aus der Budgetvorlage ersichtlich, in Bukarest nicht eine Ministerresidentur, sondern eine Gesand- schaft errichtet werden soll.

Die Nachrichten aus Frankreich deuten auf eine Schwächung des Einflusses Gambetta's hin. Paris ist zudem in Aufregung über einen Sensationsproceß. Der Pariser Polizeiprä- sident hat ein Schreiben an den Minister des Innern gerichtet, in welchem um eine Unternehmung der in dem Proceße gegen den verantwortlichen Heraus- geber des radicalen Journals „La Lanterne“ zu- Sprache gekommenen Thatfachen gebeten wird. Zu diesem Proceße wird der „R. Z.“ aus Paris berichtet:

Der Proceß gegen die „Lanterne“ hat hier großes Aufsehen erregt. Wie verlautet, wird die Sache vor die Kammer gebracht und wahr- scheinlich eine parlamentarische Untersuchung verlangt werden. Jedenfalls wird ein Theil der hohen Polizeibeamten entlassen werden müssen. Die „Republique Française“ erklärt, die Polizei müsse moralisch gemacht und ein solches Personal geschaffen werden, daß es nicht für eine Schande gelte, Polizeibeamter zu sein. In früheren Zeiten waren die Pariser Polizeipräfecten meist berühmte Leute. Erst unter Ludwig Philipp, wo man die Polizei ebenfalls moralischer machen wollte, über- nahm zum ersten Mal ein allgemein geachteter Mann, nämlich der Deputirte und Millionär Desferre, die Leitung derselben. Es wurde in Folge Dessen auch etwas besser. Unter dem Kaiserreich fanden an der Spitze derselben keine besonders angesehenen Leute, und die Polizeipräfectur, die außerdem eine politische Rolle spielte, verminderte wieder dop- pelt. Daß es jetzt gelingen wird, der fran- zösischen Polizei die geachtete Stellung zu geben, welche die Polizei in anderen Ländern einnimmt, scheint unter den gegebenen Verhältnissen eine offene Frage zu bleiben.

Das linke Centrum — so wird ferner aus Paris berichtet — sträubt sich gewaltig unter dem Joche, das ihm Gambetta aufgeladen hat. Es fehlt bereits nicht an starken Worten, und die Antwort des „Journal des Debats“ auf die ewigen Vergeleien und Redereien der „Republique Française“ ist als Zeichen der Zeit beachtens- werth, wenn bei diesen Auseinandersetzungen auch noch nicht viel herauskommt. Die „Republique Française“ rief geradezu ins Land hinein: Wenn ich den Minister mit dem guten Willen, aber der kalten Hand stürzt, so kommt einer, der echt republikanisch und doch conservativ ist! Als